

**»» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK ««**



MEMORANDUM Sommerchule 2012

Kein Aufschwung für den Arbeitsmarkt

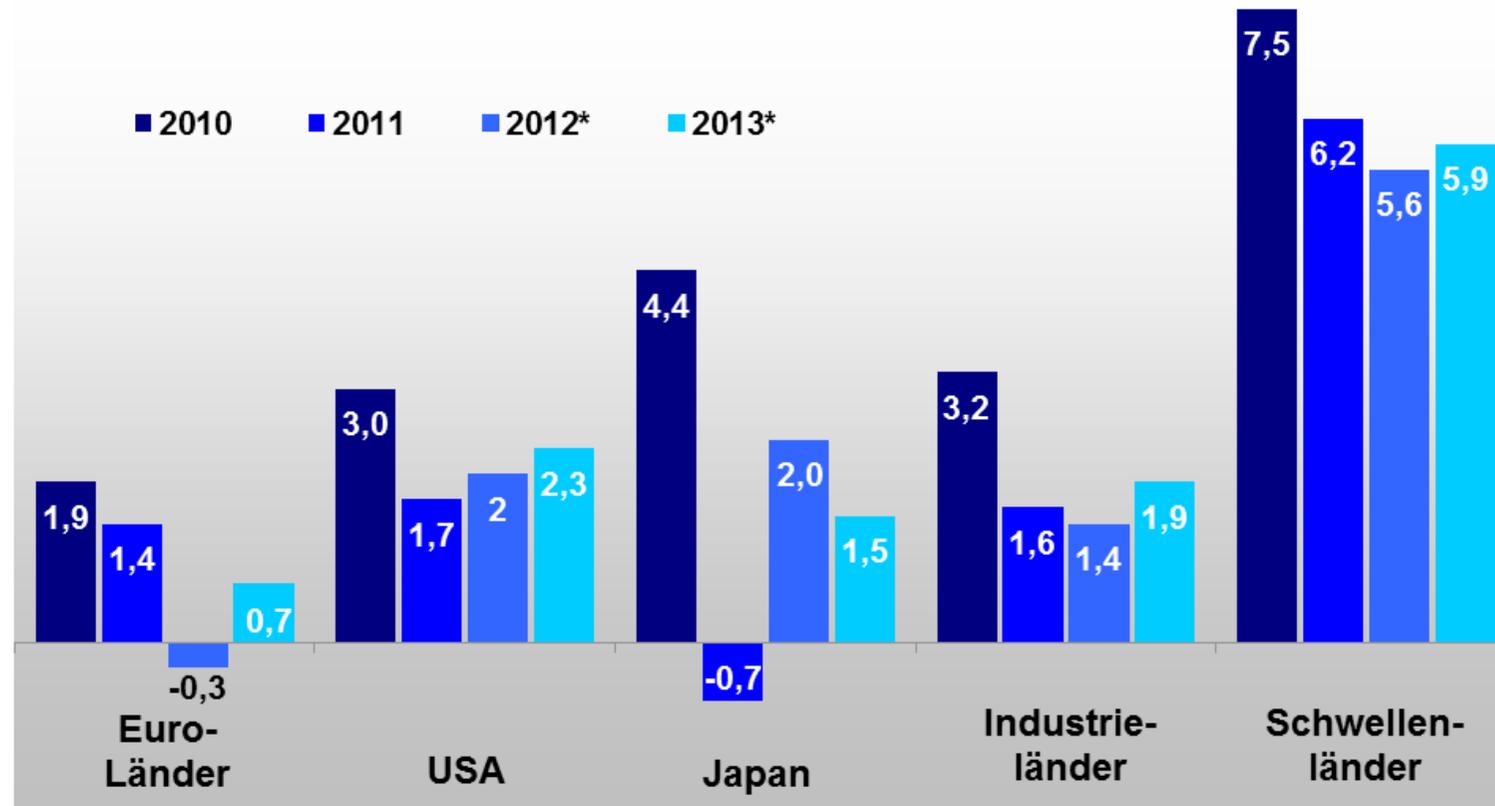


Konjunktur auf der Kippe

- **Eurokrise und Austeritätspolitik haben Europa in die Krise getrieben**
- **Deutsche Konjunktur weiter vom Welthandel getragen**
- **Weitere Aussichten extrem unsicher**

Europa in der Rezession

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

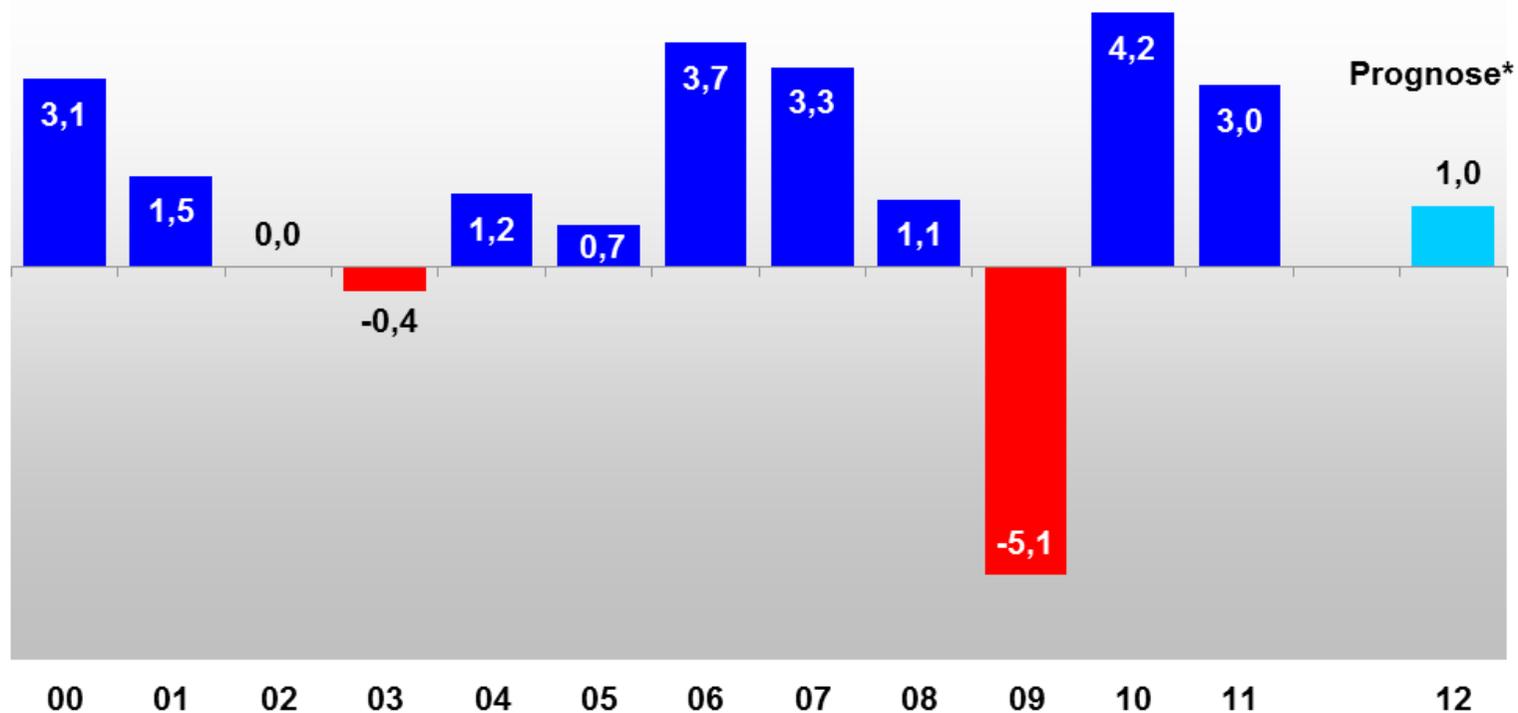


Quelle: IWF, Juli 2012 (* = Prognose)

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Schwächeres Wachstum 2012

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



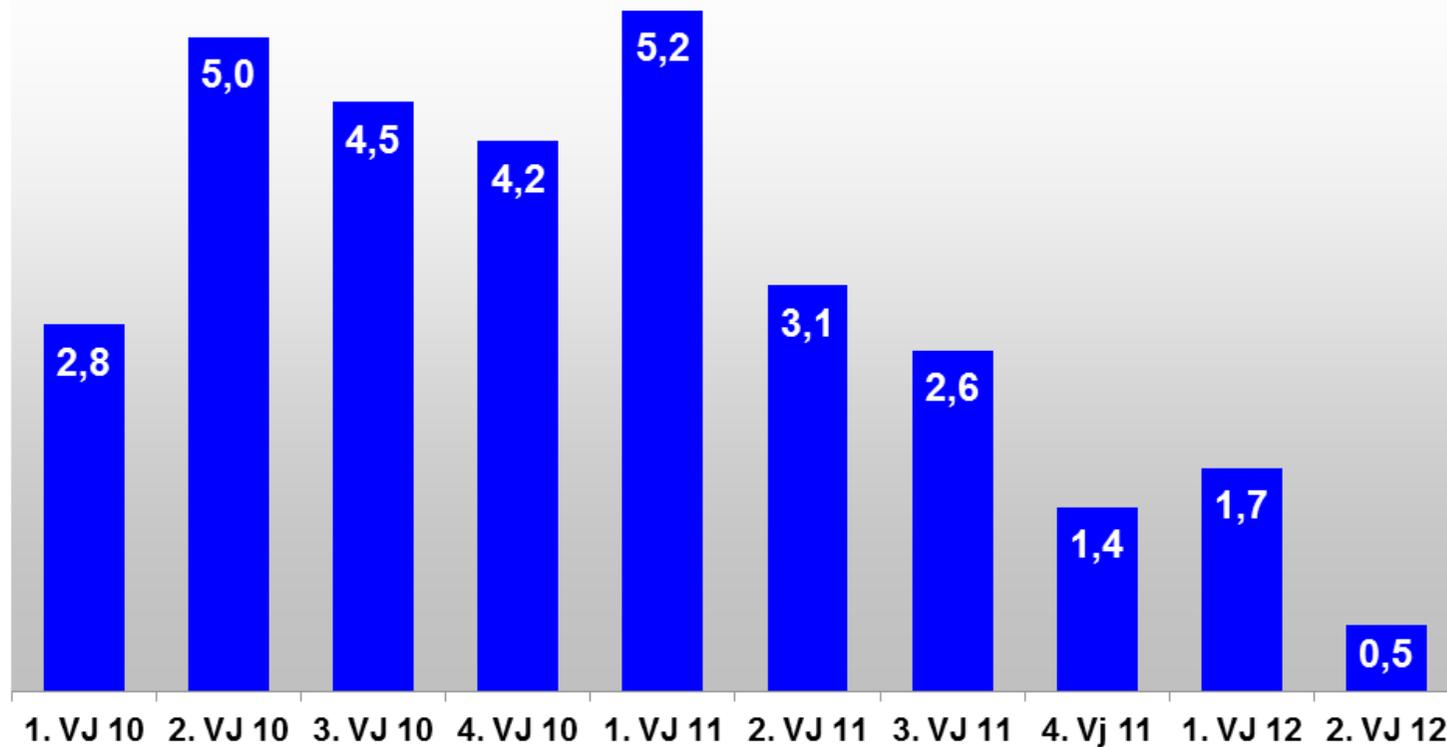
*Prognose Frühjahrsgutachten 2012

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Positives Wachstum auch im 2. Quartal 2012

Veränderung des realen BIP gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal in Prozent

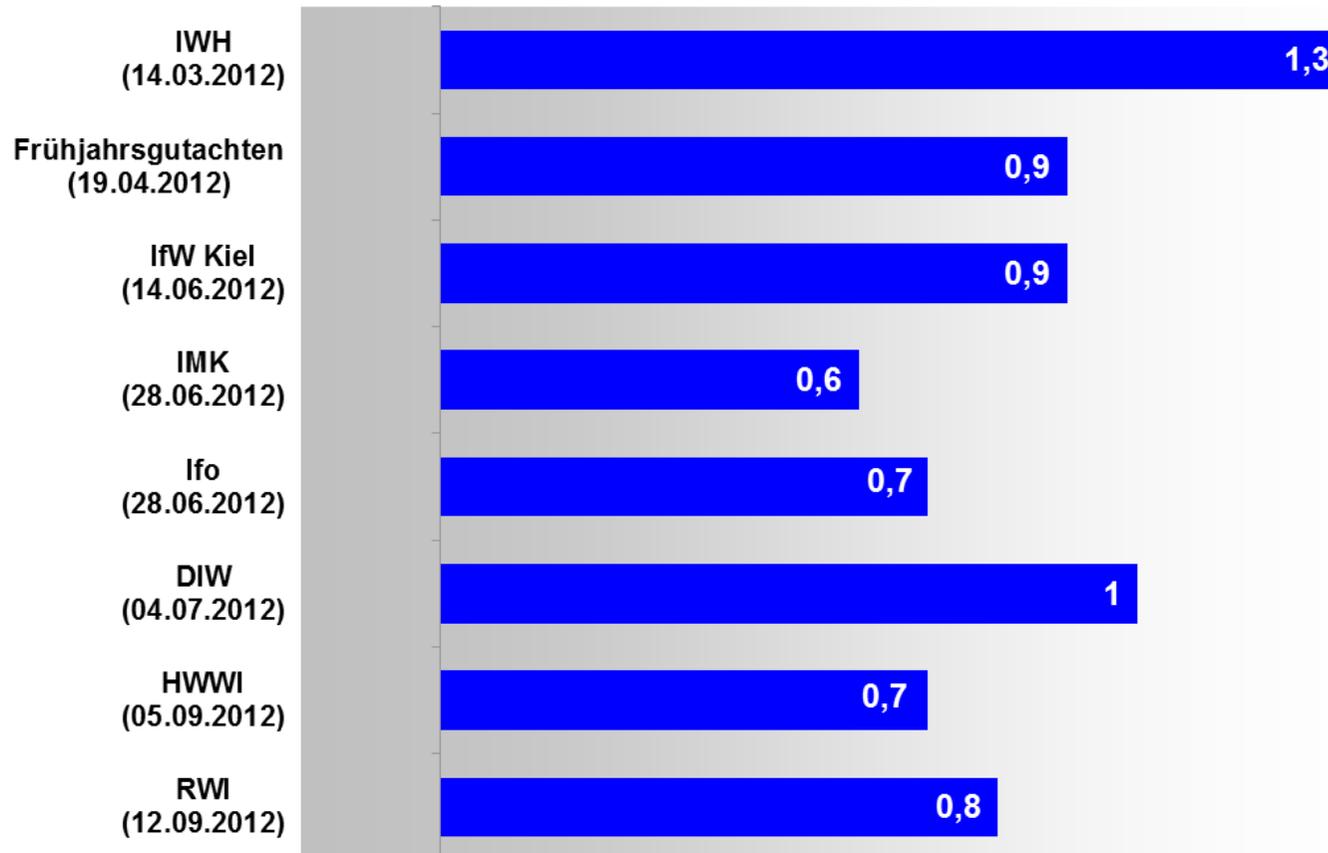


Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage für 2012 stabil

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

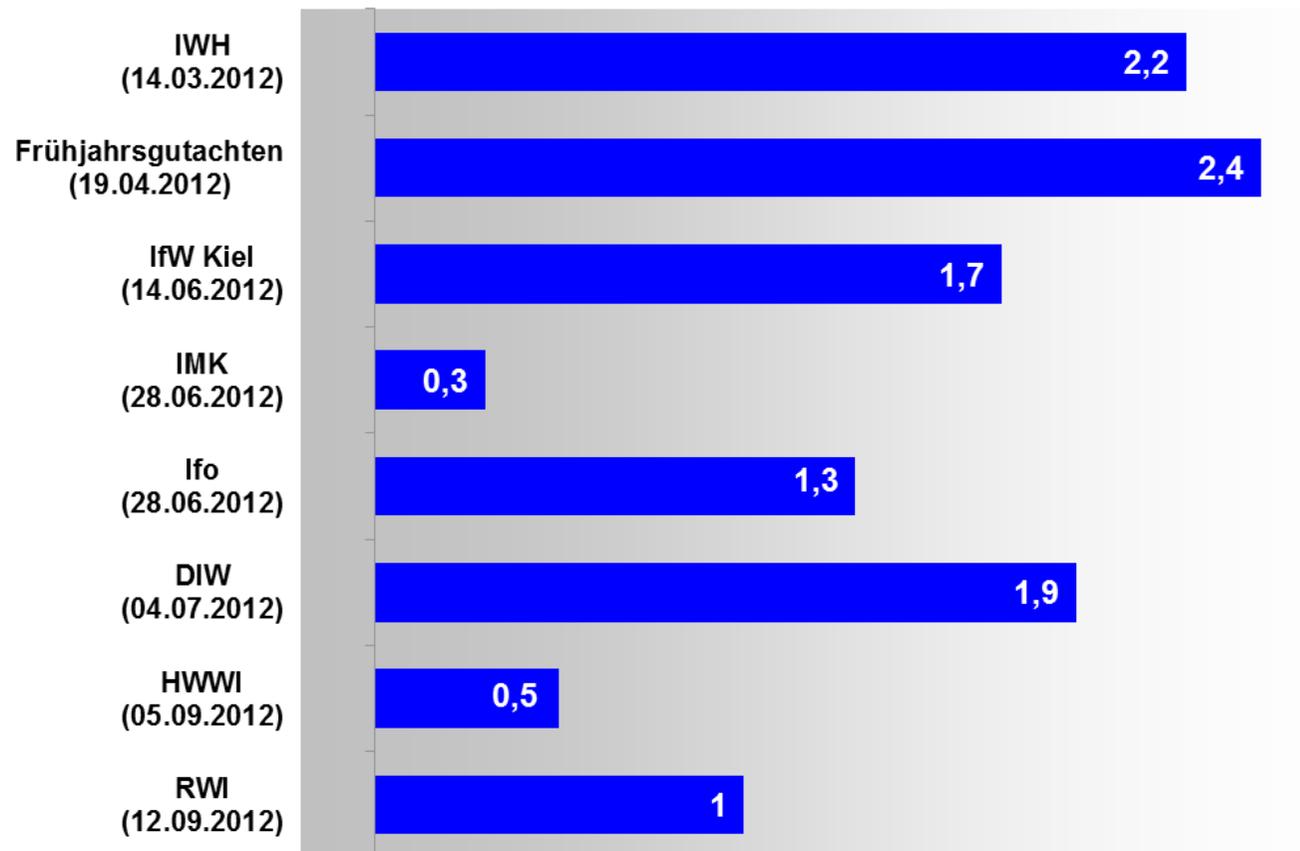


Quelle: Prognosen der Institute für 2012

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Institute erwarten auch 2013 keine Rezession

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

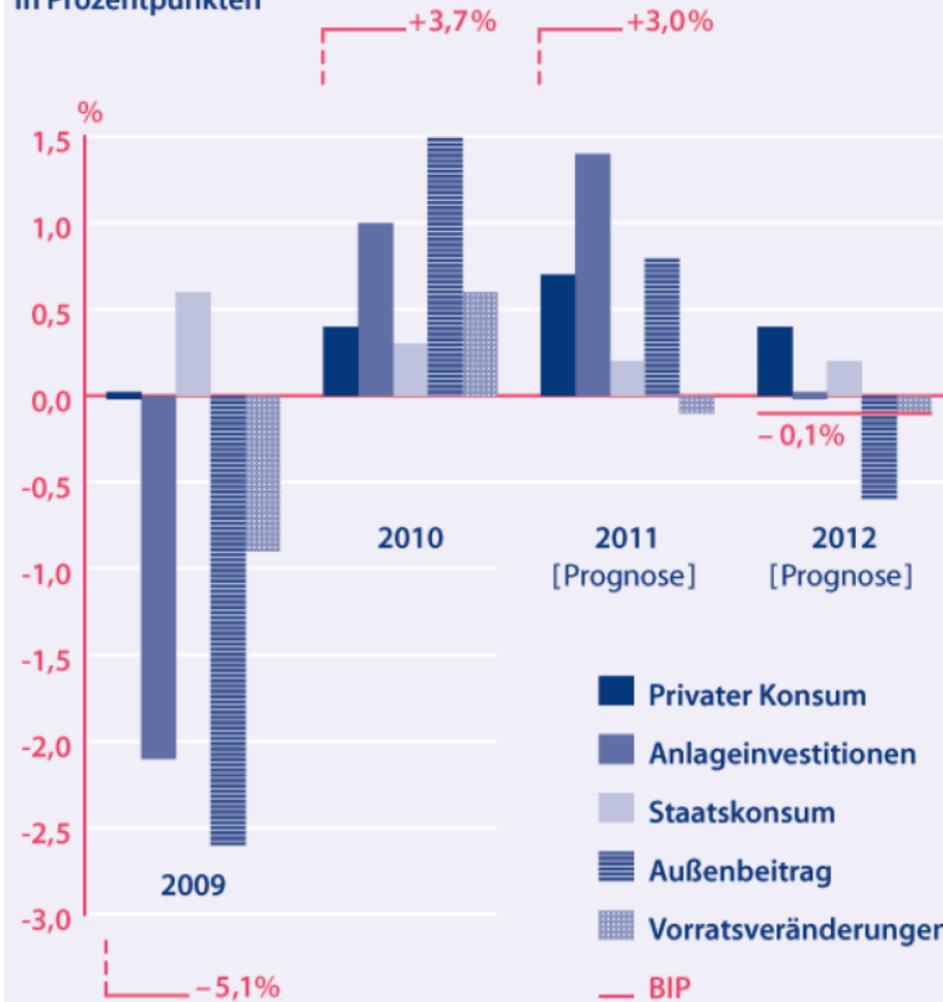


Quelle: Prognosen der Institute

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Wachstumsbeiträge

... der Nachfragekomponenten zum realen Bruttoinlandsprodukt
in Prozentpunkten



Quelle: 2009/2010: Statistisches Bundesamt: VGR;
Prognose 2011/2012: IMK, Dezember 2011

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Deutscher Exportüberschuss



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Prognose für 2012: Gemeinschaftsdiagnose, Oktober 2011

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Entwicklung der Lohnquote

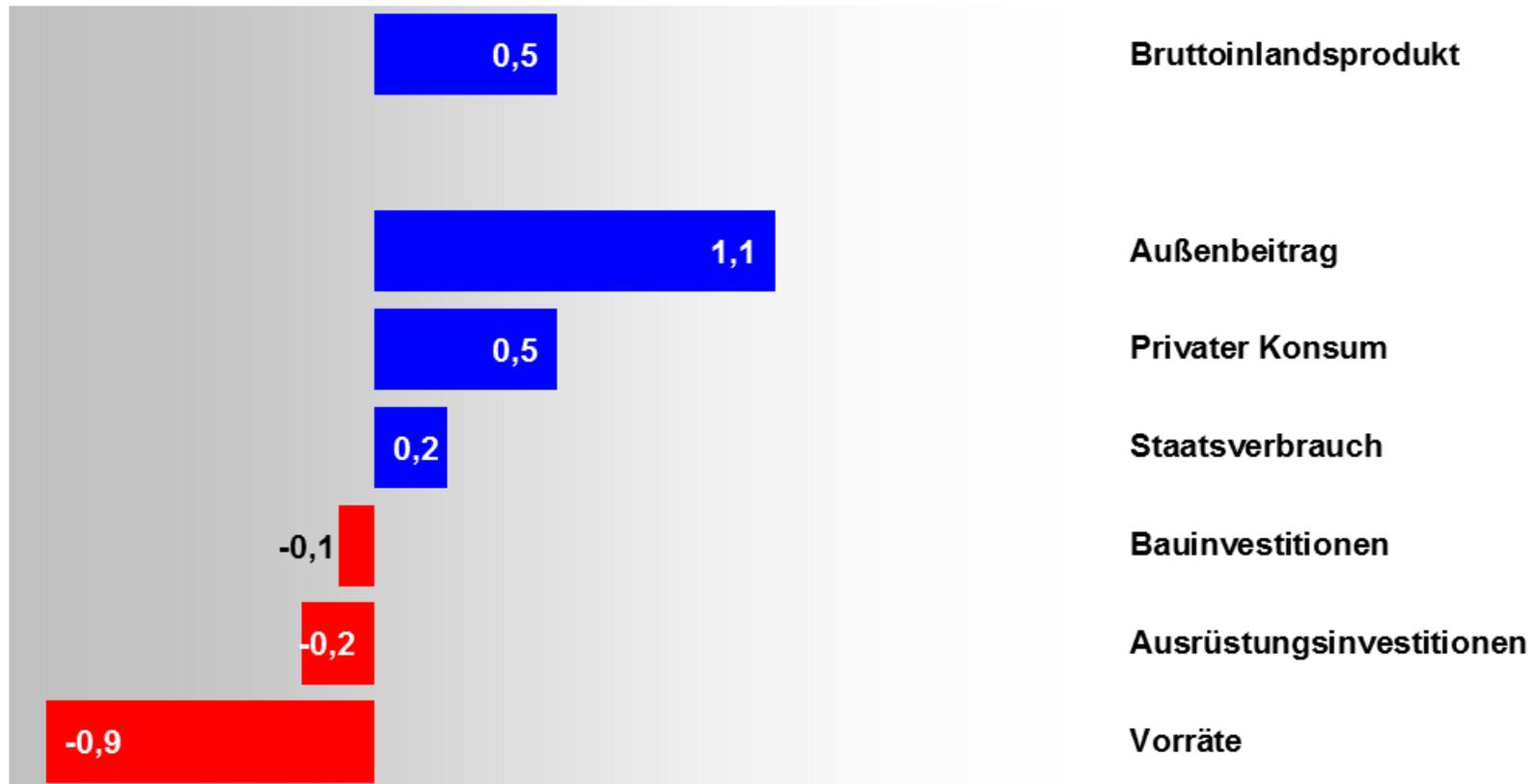
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen
in Deutschland seit 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP im 2. Quartal 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt

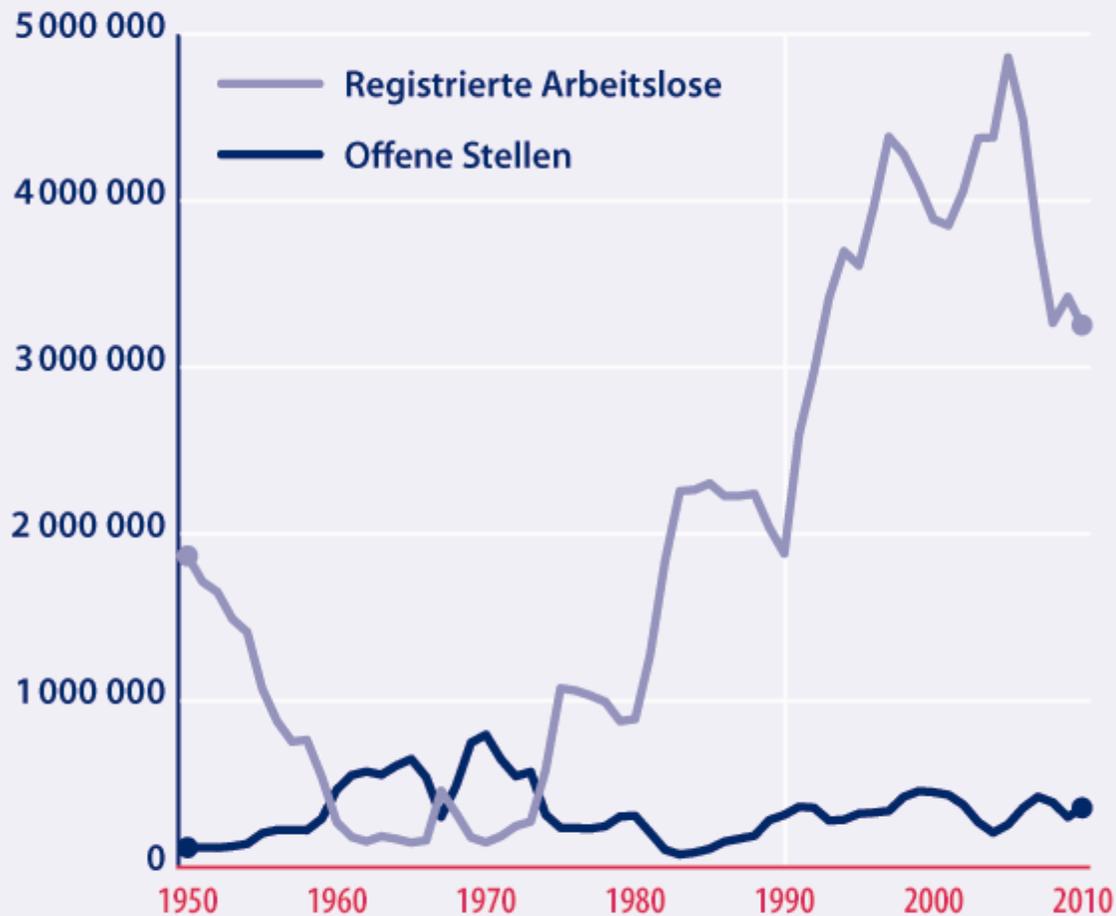
Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Massenarbeitslosigkeit durch Marktversagen

- **Leichte konjunkturelle Erholung auf dem
Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahren**
- **Reformen schaffen nicht mehr Arbeit**
- **Die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt
geht ungebremst weiter**

Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2010 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

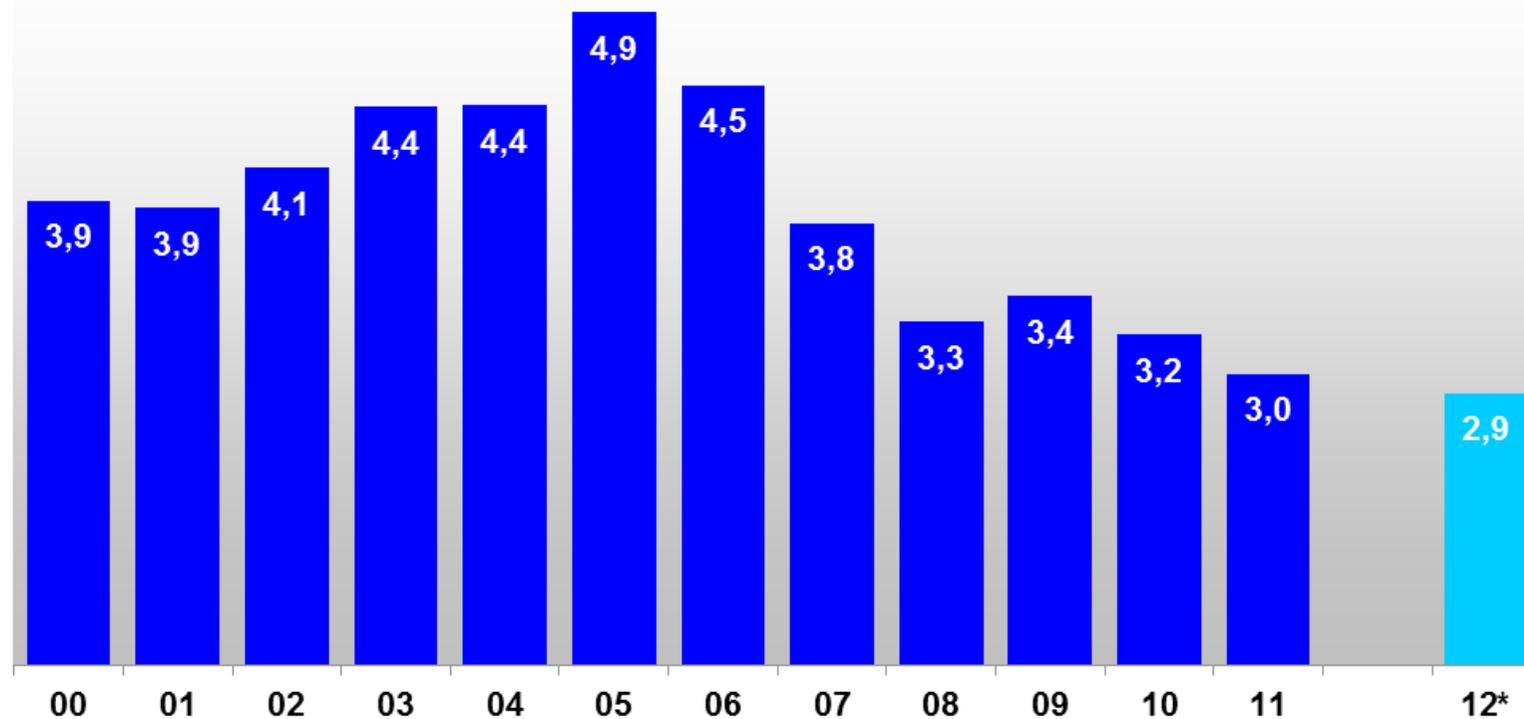
Unterbeschäftigung in der Berechnung der Bundesagentur für Arbeit

Unterbeschäftigung im August 2012 (ohne Kurzarbeit)	3.841.032
Registrierte Arbeitslosigkeit	2.905.112
Nicht gezählte Arbeitslose	935.920
Aktivierung und berufliche Eingliederung	134.705
Vorruhestandsregelungen („58-Regel“)	208.107
Altersteilzeit	85.765
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	147.940
Berufliche Weiterbildung	130.654
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	29.134
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	134.705
Gründungszuschuss/Einstiegsgeld für Existenzgründer	45.370
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	6.976
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	99
Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III)	73.953

•Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Monatsbericht 08/2012, S. 67.

Arbeitslosigkeit leicht rückläufig

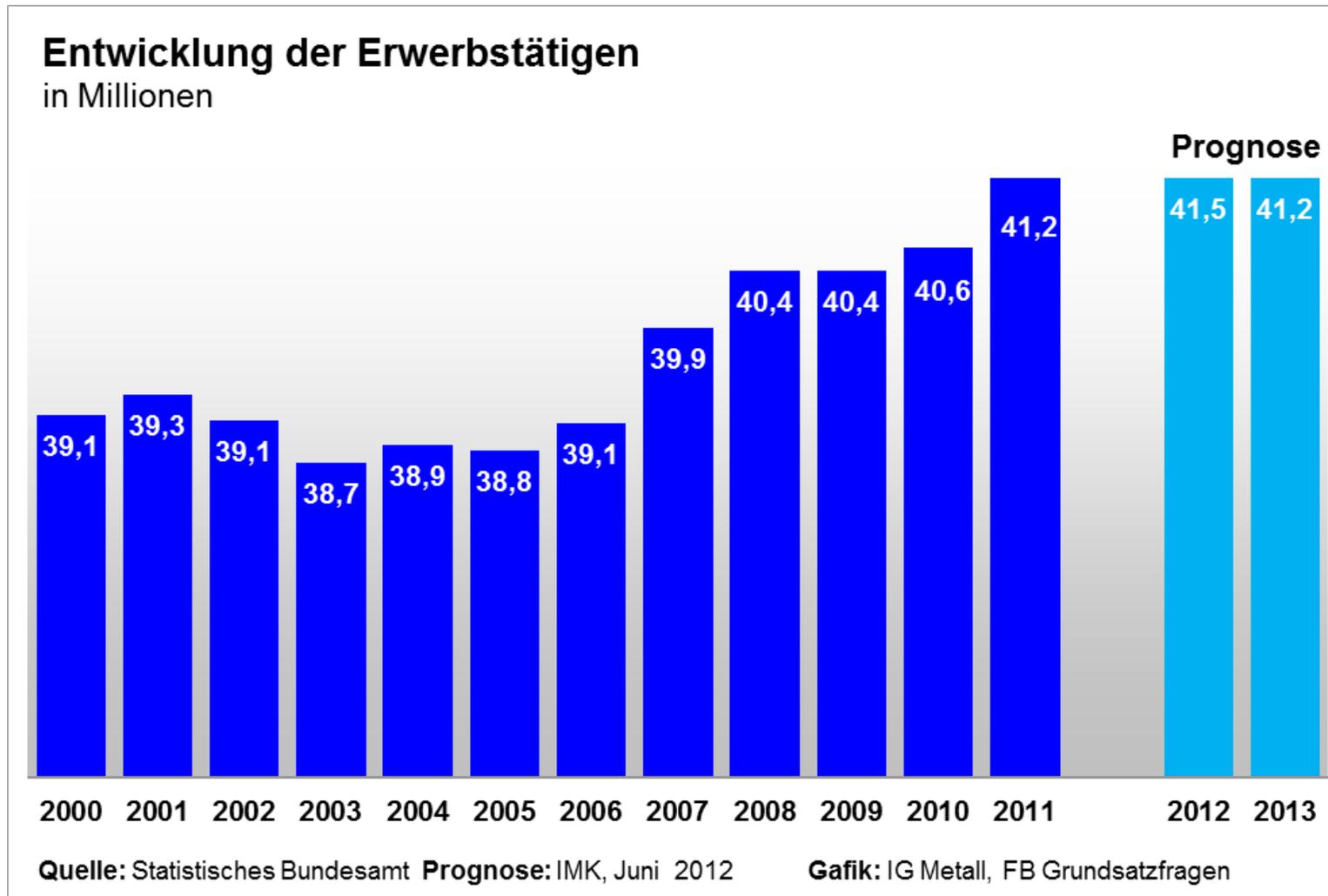
registrierte Arbeitslose in Millionen

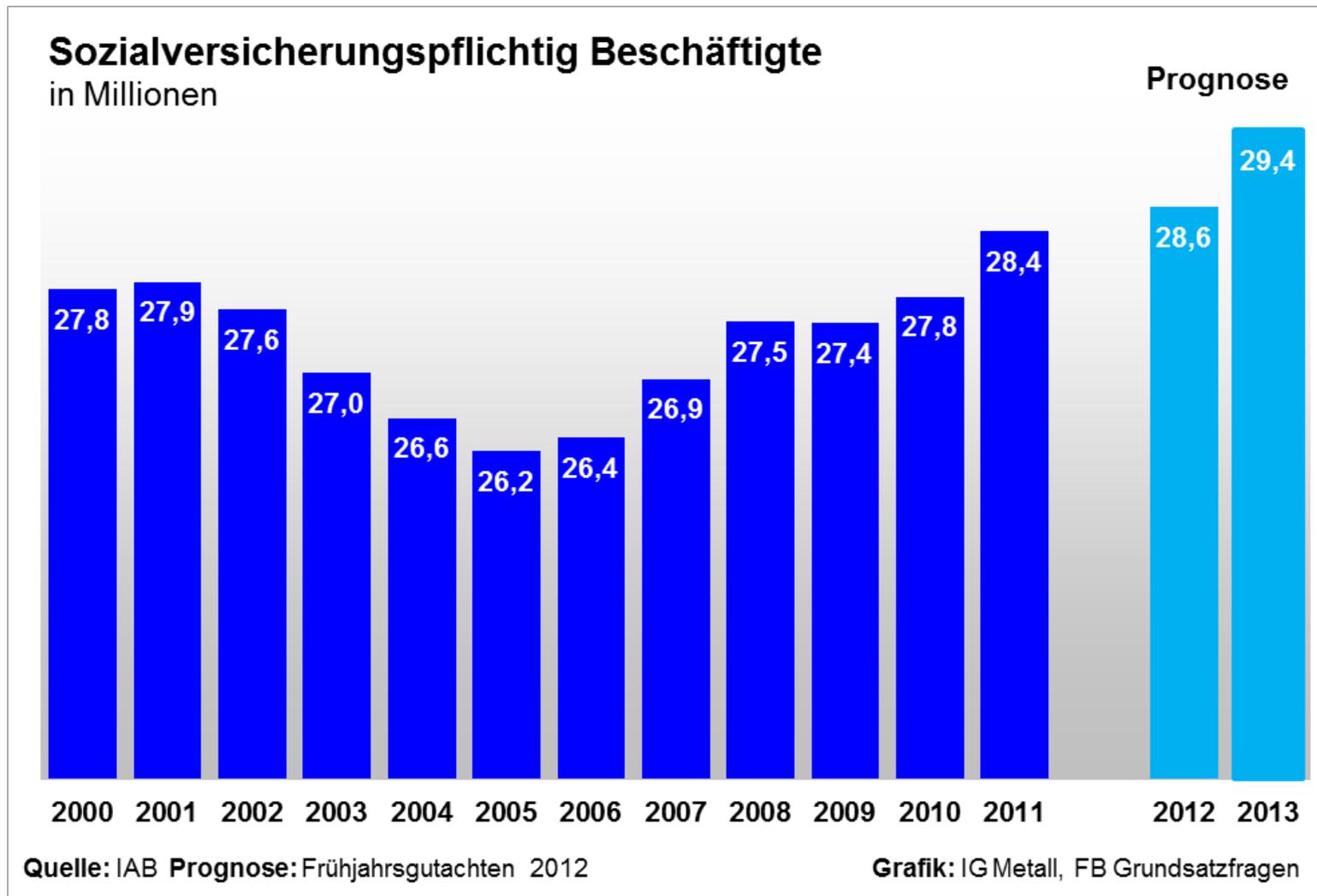


* Prognose: Frühjahrgutachten April 2012

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

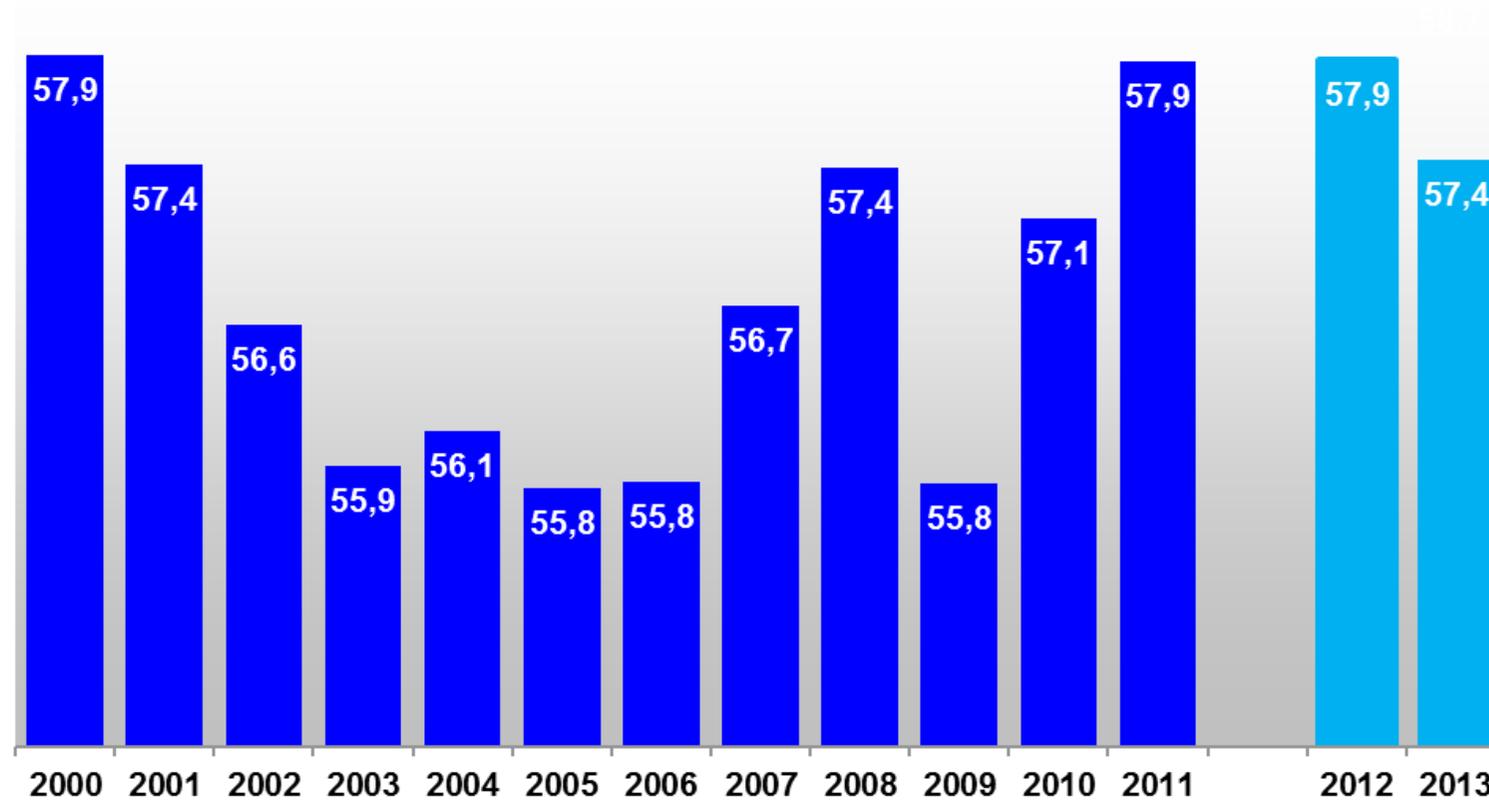
Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen





Arbeitsvolumen in Milliarden Stunden

Prognose

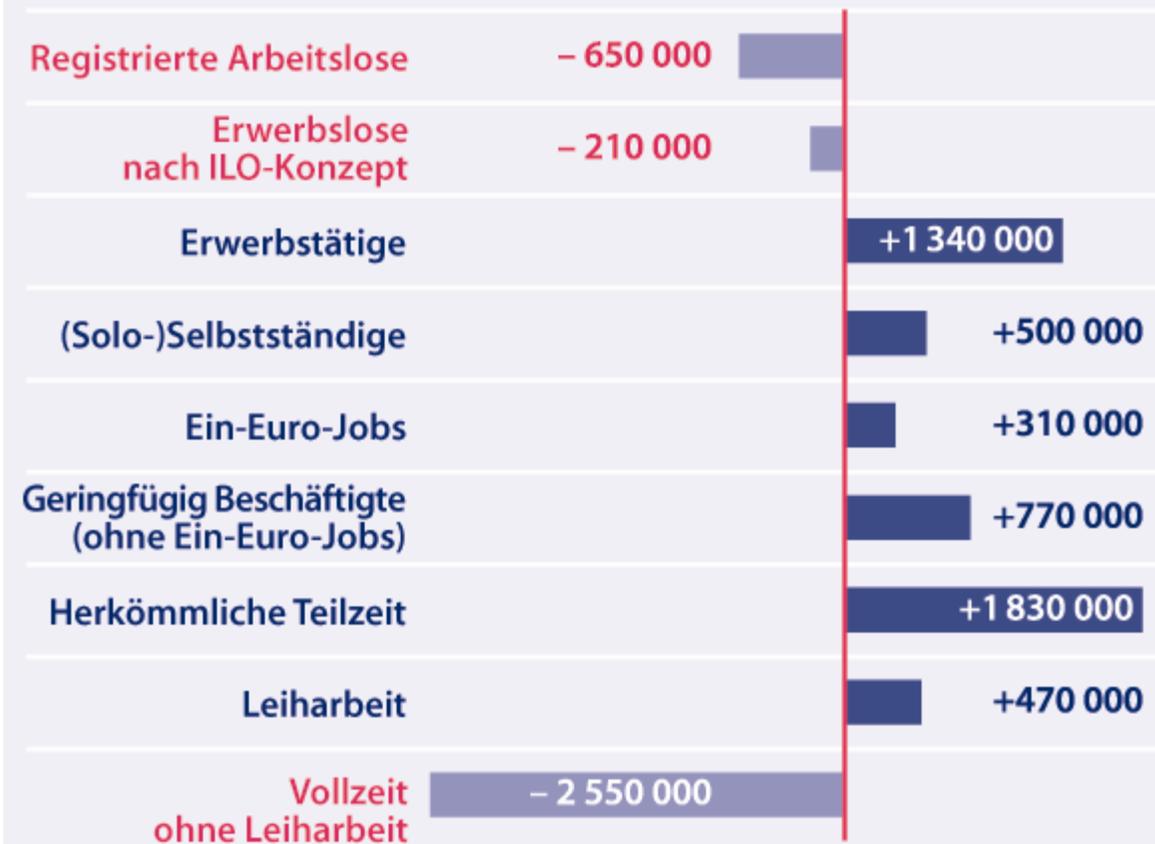


Quelle: Statistisches Bundesamt Prognose: IMK, Juni 2012

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?

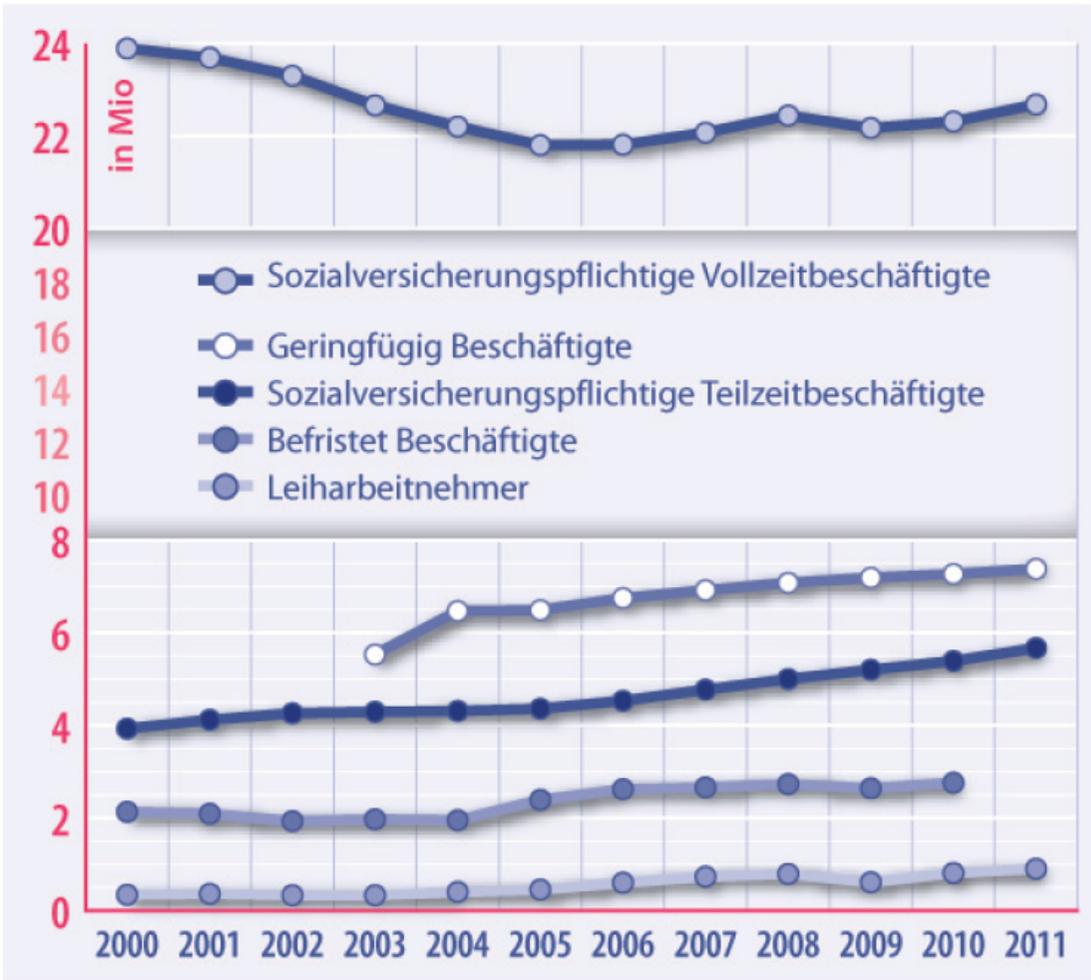
Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2010



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, auf 10.000 gerundet (Stand Februar 2011)

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Abhängig Beschäftigte in atypischen Erwerbsformen 2000 bis 2011



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2011), Beschäftigtenstatistik, Statistisches Bundesamt (2011), Arbeitstabellen Microzensus

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

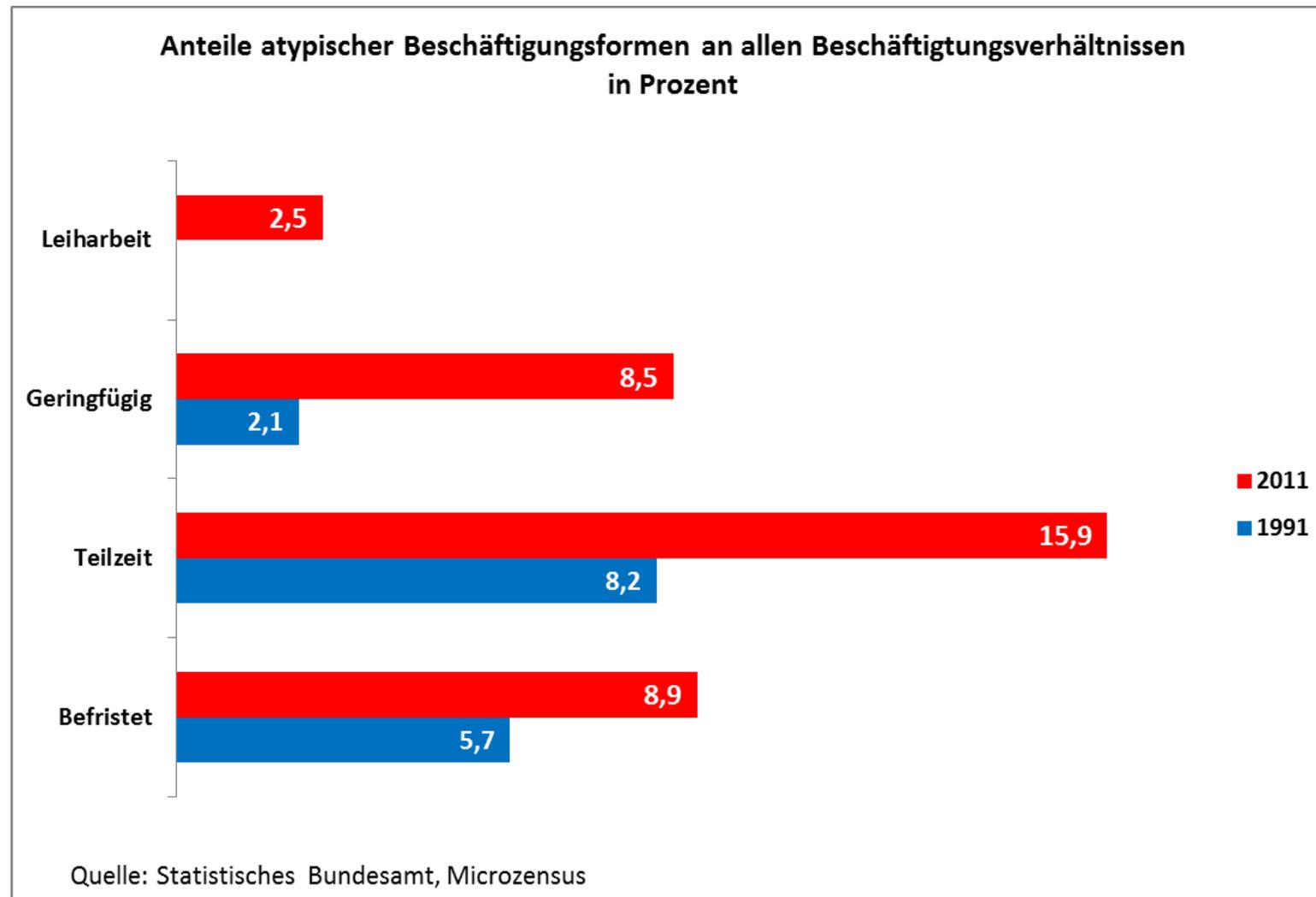
Niedriglöhne im Vergleich

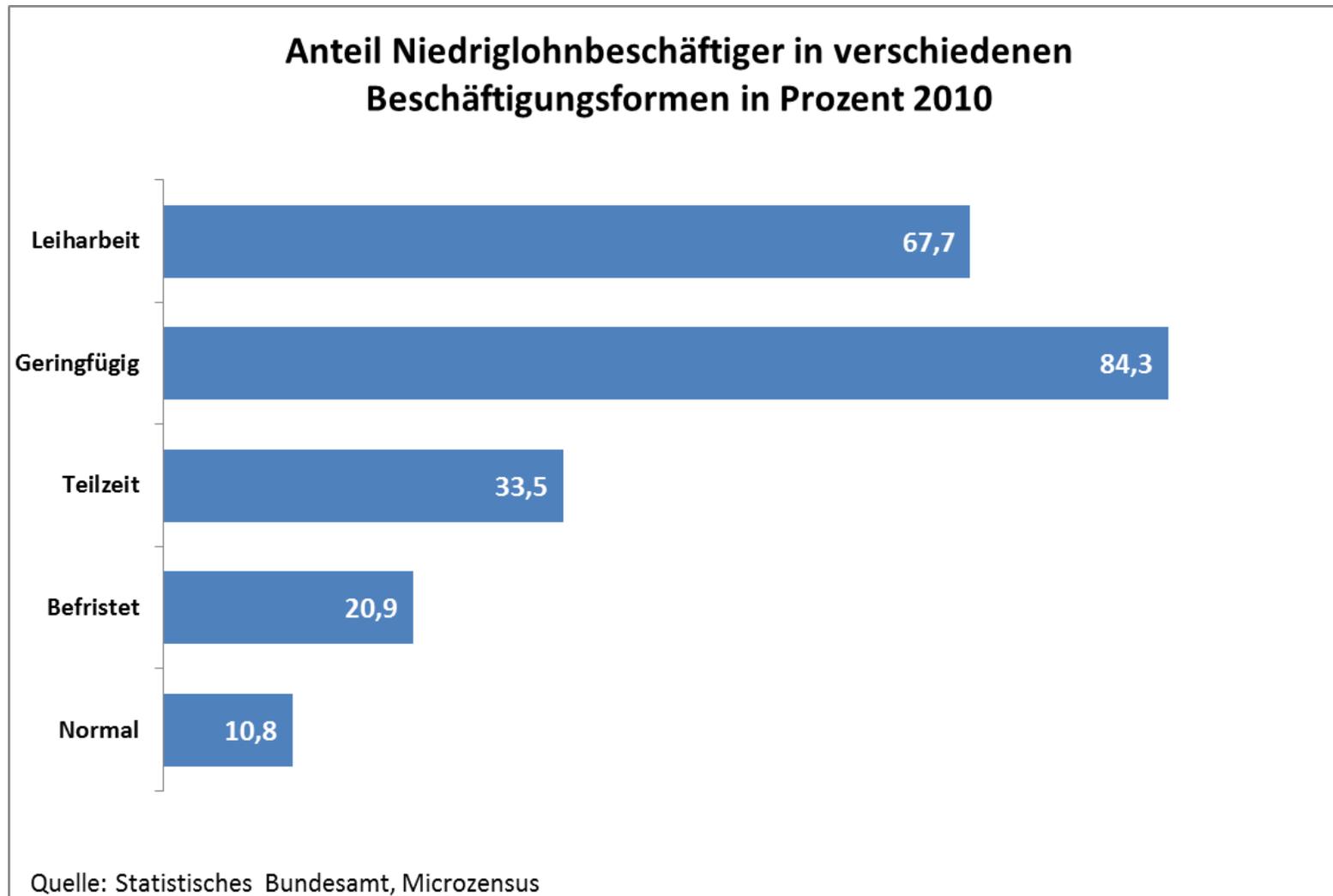
Niedriglohnanteile in Prozent (2005)



Quelle: Bosch/Kalina/Weinkopf in WSI-Mitteilungen 8/2008

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011





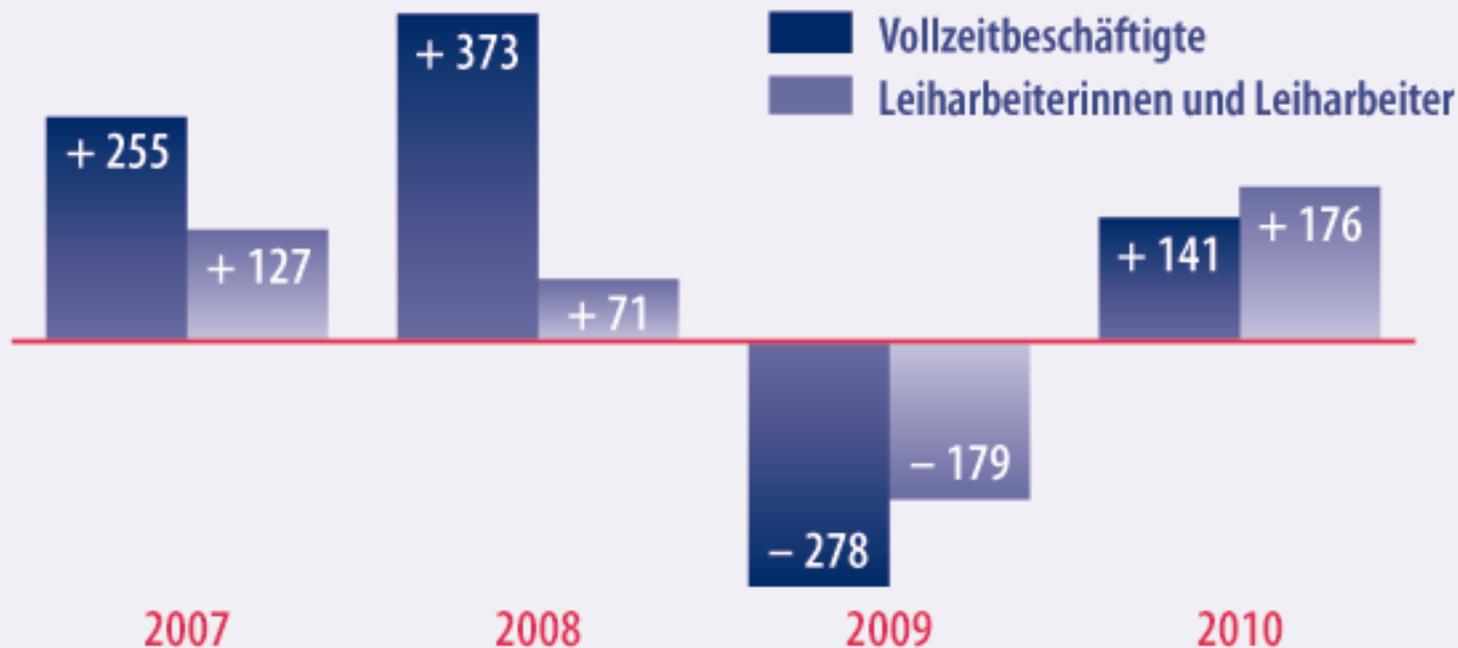
Das Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Leiharbeitskräfte liegt in Westdeutschland um 48 Prozent unter dem aller Vollzeitbeschäftigter.

Damit wird die offizielle Einstufung als Armutslöhne nur knapp verfehlt.

13,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leiharbeitskräfte (in Ostdeutschland 15,5 Prozent) sind auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen.

Vollzeitbeschäftigung und Leiharbeit

Zu- bzw. Abnahme von Vollzeitbeschäftigten sowie Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern 2007 bis 2010 (ausgehend von 1000 Personen)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Die Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik nach den Mustern „Hartz“ und AGENDA 2010 ist komplett gescheitert. Das viel zitierte „Wunder auf dem Arbeitsmarkt“ und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die durch den Arbeitsminister der großen Koalition noch im Jahr 2008 prognostiziert wurde, fand nicht statt.

Die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und Empfänger war 2009 mit über 4,9 Mio. praktisch genauso hoch wie 2005, dem Jahr der Einführung von Hartz IV.

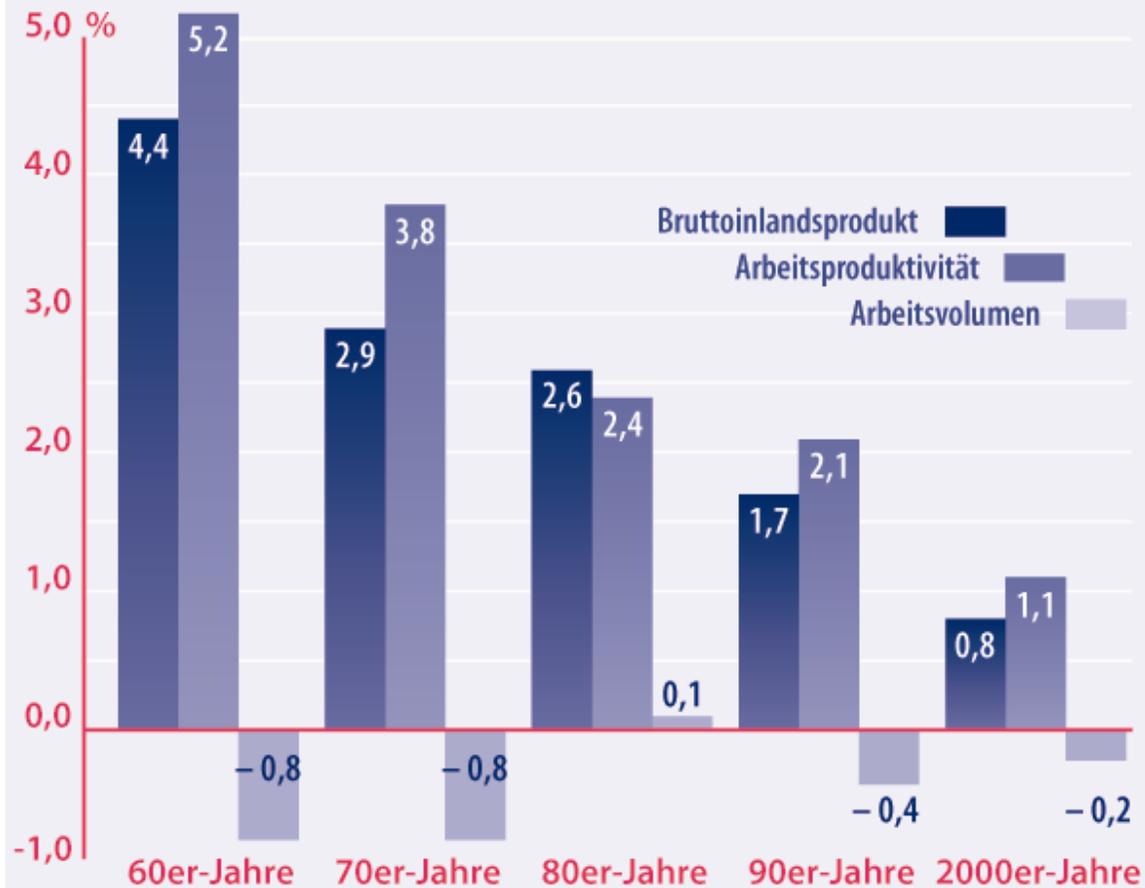
Die vermeintlichen Rückgänge der Arbeitslosenzahlen spiegeln eine Realität wider, die durch prekäre und atypische Beschäftigungen gekennzeichnet ist.

Massenarbeitslosigkeit als normaler Zustand einer kapitalistischen Ökonomie ist dabei kein neues Phänomen. Bereits Karl Marx beschrieb empirisch und theoretisch den Prozess der Herausbildung einer industriellen Reservearmee, der in Gang kommt, weil die Produktivitätsfortschritte größer sind als das wirtschaftliche Wachstum.

Marktprozesse führen eben nicht im Selbstlauf zu einer Gleichgewichtssituation mit Vollbeschäftigung.

Wachstum, Arbeitsproduktivität und -volumen

Durchschnittliche, jährliche Veränderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Lange Reihen, 2010

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Gespensterdebatte „allgemeiner Fachkräftemangel“

- **Kein allgemeiner Fachkräftemangel**
- **Ungenügende Qualifizierung sorgt immer wieder für Engpässe in einzelnen Bereichen**

Kein allgemeiner Fachkräftemangel

- ➡ Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt die Zahl der offenen Stellen um das Dreifache. Wird die gesamte Beschäftigungslücke berücksichtigt, um das vierfache.
- ➡ Die Zeitdauer, bis eine offene Stelle wieder besetzt ist, liegt im Durchschnitt bei 27 Tagen, das ist der selbe Wert wie im Jahr 2000..
- ➡ Die Debatte um einen angeblichen Fachkräftemangel wird benutzt, um beispielsweise Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit Nachdruck zu verleihen.
- ➡ In einzelnen Fällen (Berufe, Regionen) kann es trotzdem zu Mangelsituationen kommen. Wo immer Fachkräfteengpässe auftauchen, liegt ihre Bewältigung im Bildungs- und Ausbildungssystem.
- ➡ Wenn eine bestimmte Stelle nicht zu besetzen ist, kann dies viele Ursachen haben. Häufig sind diese Stellen unattraktiv.

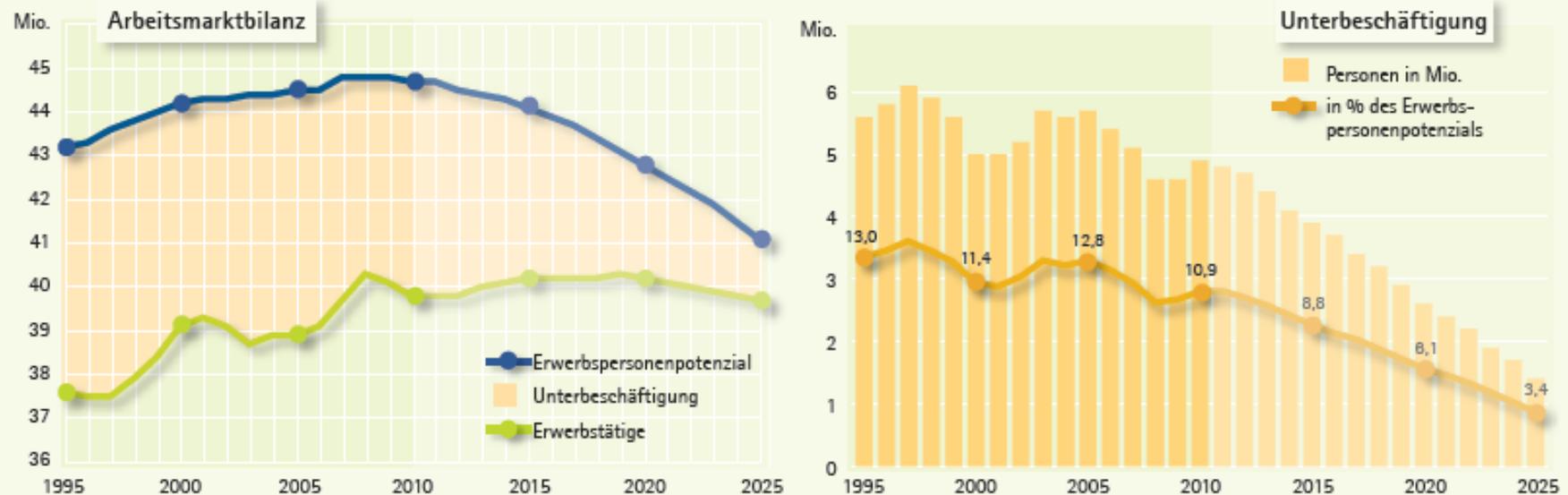
Keine Vollbeschäftigung durch demografische Entwicklung

- **IAB geht von hohem Wachstum aus**
- **Arbeitslosigkeit verschwindet nicht von
allein**

Selbst bei starkem Wachstum bleibt leichte Unterbeschäftigung

Abbildung 1

Arbeitsmarktbilanz und Unterbeschäftigung in Deutschland 1995 bis 2025



Quelle: IAB/INFORGE-Modell und eigene Berechnungen.

© IAB

Arbeitsmarktmisere und gesundheitliche Belastungen

- **Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt macht krank**
- **Vor allem psychische Krankheiten nehmen dramatisch zu**

Belastung und Unsicherheit nehmen zu

- ➔ Die Arbeitsmarktmisere übt einen starken Druck auf die Arbeitsbedingungen aus. Die Belastungen steigen.
- ➔ Unsicherheit und Angst der Beschäftigten nehmen zu.
- ➔ Im Krankenstand hat sich diese Entwicklung nicht widerspiegelt, er ging lange Zeit zurück.
- ➔ Die einen leiden an überlangen Arbeitszeiten und hoher Arbeitsintensität, die anderen an prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. Beides belastet die Gesundheit und verkürzt die Lebenserwartung.

Viele gehen krank zur Arbeit

- ➔ 71 Prozent sind zur Arbeit gegangen, auch wenn sie sich richtig krank geföhrt haben.
- ➔ 46 Prozent haben dies sogar mehrmals getan.
- ➔ 30 Prozent gingen auch gegen den ausdrücklichen Rat ihres Arztes zur Arbeit.
- ➔ 21 Prozent haben zur Genesung Urlaub genommen.

Im AOK Bereich sind die durch psychische Störungen bedingten Krankmeldungen zwischen 1997 und 2008 insgesamt um 82 Prozent gestiegen.

Die Zahl der Krankheitstage wuchs um 66 Prozent.

Aufbruch für den Arbeitsmarkt – eine neue Entwicklungslogik ist notwendig

- **Bisherige aktive Arbeitsmarktpolitik ohne Erfolge**
- **Alternativen sind notwendig**

- Das Weltbild der Ökonomen ist ins Wanken geraten – auch wenn in Deutschland davon noch nichts zu spüren ist.
- Das betrifft auch und gerade die Annahmen über den Arbeitsmarkt. Arbeitslose müssen nicht gefördert und gefordert werden, sie brauchen Arbeitsplätze.
- Die Idee, es fehlen Anreize für eine Arbeitsaufnahme, ist empirisch nicht haltbar.

Grundsätze aktiver Arbeitsmarktpolitik

- Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem, das durch Qualifikationsmaßnahmen und Repressionen gelöst werden kann.
- Die Förderung bei Arbeitslosigkeit muss zu einem individuell einklagbarem Recht werden.
- Arbeitslose brauchen ein Transfereinkommen, das sie vor Armut schützt und ihnen eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht
- Die Qualifikation und das Einkommensniveau von Beschäftigten sind im Falle der Arbeitslosigkeit zu schützen. Ein Arbeitsloser darf nicht dazu gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen.
- Die Bundesagentur für Arbeit muss finanziell in die Lage versetzt werden, diese Grundsätze zu ermöglichen. Der derzeitige Betragssatz von 2,8 Prozent sichert keine ausreichende Finanzierung. Auch die Gewährträgerhaftung der Bundesregierung ist wieder einzuführen.

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig

- Im langfristigen Trend steigt die Produktivität stärker als die Wirtschaftsleistung. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Danach kam dieser Prozess zum Stillstand. Folge: Heute bewerben sich 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen als 1960.
- Auch wenn eine nachfrageorientierte Makropolitik das Wachstum stimuliert, ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Erreichung von Vollbeschäftigung undenkbar.
- Die durch die „Reformpolitik“ praktizierte Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Beschäftigten. Vor allem Frauen in Dienstleistungsberufen sind betroffen. Das ist keine sinnvolle Perspektive.
- Die Krise bietet die Chance, die Debatten um Arbeitszeitverkürzung neu zu beleben.

Investitionsprogramm als Alternative

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

➤ Bildungsausgaben:	30,0 Milliarden Euro
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

Investitionsprogramm als Alternative

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- **Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro**
- **Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro**
- **Kultur: 5,0 Milliarden Euro**
- **Forschung: 5,0 Milliarden Euro**
- **Ökologische Umgestaltung
Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro**

Investitionsprogramm als Alternative

Die neue Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht auf die Kurzarbeit beschränkt bleiben.

➡ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➡ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.